https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/1730

Gen-ethischer Informationsdienst

Ökonomie-Kritik in den Anfängen des GID

Ein Blick ins GID-Archiv

AutorIn
Birgit Peuker

Die erste GID-Nummer erschien 1985. Damals gab es noch keine Freisetzungsversuche, noch kein Gentechnikgesetz und auch keine Gentechnik-kritische Bewegung im eigentlichen Sinne. Welche Rolle spielte vor 20 Jahren innerhalb der Gentechnik-Kritik im GID die Kritik an der Ökonomie und der Ökonomisierung? Welche Argumente wurden angeführt? Ein Blick ins GID-Archiv zeigt, dass viele Themen, die damals aktuell waren, es auch noch heute sind.

Bernhard Gill bemängelte in der 100er Nummer des GID, dass in der Kritik der Gentechnik die ökonomische Dimension zu kurz komme. So ruft er in seinem Artikel „Gentechnik - Nein Danke!“ dazu auf, stärker ökonomisch zu argumentieren. Die Befürworter hätten demgegenüber mit ökonomischen Argumenten Erfolg gehabt, zum Beispiel bei der Deregulierung des Gentechnikgesetzes:
„Das liegt daran, daß die Kritik sich - von lobenswerten Ausnahmen abgesehen - mit Ökonomie einfach nicht befaßt, obwohl sie gerade in diesem Feld viele gute Argumente anführen könnte. (...) nur eine sichere und „saubere” Technik ist auf Dauer am Weltmarkt überlegen. Doch leider wollen sich viele KritikerInnen nicht mit nationalökonomischen Argumenten auseinandersetzen. Ein Grund mag sein, daß viele denken, daß die Bundesrepublik im Weltmaßstab ohnehin schon viel zu reich ist und daß wir sowieso eine ganz andere Entwicklung bräuchten, wenn die Welt auf Dauer zukunftsfähig sein sollte.“
Ein Blick in das GID-Archiv zeigt hingegen, dass sich einige Artikel zur Ökonomie und Ökonomie-Kritik finden lassen, die sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen. Eine Suche nach Stichworten wie Ökonomie, Effizienz und Konzerne et cetera ergibt, dass auch in Zusammenhang mit Berichten über neuere Entwicklungen in der Gentechnik und der Gentechnikpolitik immer wieder auf die ökonomische Dimension verwiesen wird. Ökonomisierung wird verstanden als das Eindringen ökonomischer Kalküle in gesellschaftliche Bereiche, die bislang nicht von der Ökonomie erfasst worden sind. Zentral von Beginn an sind im GID dabei zwei Bereiche: Gesundheit und Landwirtschaft. Die Diskussionen zeigen, dass viele auch heute noch angeführte Kritikpunkte schon früh sichtbar wurden, noch bevor sie sich in gesellschaftlichen Institutionen verfestigen konnten.

Ökonomisierung von Gesundheit

Das Eindringen des Kosten-Nutzen-Denkens in den Gesundheitsbereich wird zunächst in Bezug auf die Gendiagnostik kritisiert. Die Kostenexplosion im Gesundheitsbereich, so Jürgen Wiekmann im GID 15/1986, führe dazu, dass die Krankenkassen auf mehr Effizienz und Effektivität drängten. Dabei setzten sie auf mehr

Informationen über genetische Krankheitsdispositionen, die in einem „sogenannten Pharmakogenetik-Paß" zusammengefasst sein könnten, „der, nach dem Prinzip der Unfallschutzkarten, dem behandelnden Arzt Anhaltspunkte über individuelle Anfälligkeiten oder Resistenzen gegenüber bestimmten Substanzgruppen geben soll". Befürchtet wird nicht nur eine genetische Diskriminierung durch die Krankenkassen, sondern auch durch die Arbeitgeber. Gegen die Ökonomisierung und für das Recht jedes Menschen auf medizinische Behandlung plädieren hingegen die Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) im Nürnberger Kodex 1997, der im GID 122/1997 dokumentiert ist. Wie ein roter Faden zieht sich die Kritik an der „neuen und alten Eugenik" durch den GID. Sie wird in Zusammenhang mit Kommerzialisierung und Ökonomisierung gebracht. Bereits in der Nullnummer wird von einem Frauenkongress gegen Reproduktionstechnologien berichtet, wobei hier die Kritik noch in Zusammenhang mit einer Kritik an den Informations- und Kommunikationstechnologien steht:
„Während die Computertechnik die Abwertung und Vernichtung weiblicher Erwerbsarbeit zur Folge hat, geht es bei der Gen- und Reproduktionstechnik um die Zerstückelung und Kommerzialisierung der außermenschlichen Natur und des weiblichen Körpers."
Diese frühe Kritik an der Kommerzialisierung konkretisiert sich in der „Verrohstofflichung von Frauen" in der Inwertsetzung von Föten in der Biomedizin (Buchbesprechung zu Ingrid Schneider, „Föten. Der neue medizinische Rohstoff", von Erika Feyerabend im GID 108/109/1995). Gleichzeitig wird das Eindringen des Kosten-Nutzen-Denkens in die Alltagskultur postuliert, wenn der Kinderwunsch zur „Lifestyleentscheidung" verkomme.
„Es ist kein Zufall, daß diese Fokus-Verschiebung am auffälligsten in den wohlhabenden Gesellschaften der Ersten Welt aufgetreten ist, in deren Ökonomien der freien Marktwirtschaft es heißt, „der Kunde ist König". [...] Dennoch sollte kein Kind gewollt werden als bloßes Mittel zum Zwecke des elterlichen Glücks." (Joseph S. Spoerl: IVF und die Ethik der Zeugung, GID 137/1999)
Das liberal-ökonomische Denken zeigt sich hier in individueller Glücksmaximierung. Die Einrichtung von Bioethikkommissionen wurde bereits auf dem erwähnten Frauenkongress kritisiert. Diese legitimierten - so heißt es später - durch eine neue Ethik die „wissenschaftliche und industrielle Durchdringung alles Lebendigen" und betrachteten Leben nur noch nach dem Nützlichkeitsaspekt („Leben als Mittel zum Zweck") (Erika Feyerabend, Ursel Fuchs, Wilma Kobusch. „Denkfabrik gegen das ‚intuitive? Schaudern", GID 93/1993). Katrin Urban kritisiert in einem Leserbrief (GID 111) zu einem Artikel von Johannes Spatz: „Im wilden Westen" (GID 108/109/1995), dass dort nur die inhaltliche Ausrichtung von Bioethikkommissionen in Frage gestellt werde und nicht Bioethikkommissionen an sich. Die Delegation der ethischen Entscheidung an Experten unterhöhle die individuelle Urteilskraft:
„Die Bioethik arbeitet ähnlich wie der Hersteller einer Waschmaschine, der einen über die Vorzüge der verschiedenen Waschprogramme aufklärt. In eine Kosten-Nutzen-Relation eingebunden, werden die Summe aller zu erwartenden Vorteile der Summe aller zu erwartenden Nachteile gegenübergestellt. Diese zweckrationale Darstellung entspringt der modernen Ökonomie und so spannt die Bioethik einen Rahmen auf, innerhalb dessen Grundverschiedenes in ein Verhältnis der Abwägbarkeit gebracht wird."
Die Ökonomisierungskritik im Gesundheitsbereich richtet sich demnach sowohl gegen die Inwertsetzung des (Frauen-)Körpers als auch gegen die „Effizienzsteigerung" in der Gesundheitsvorsorge durch genetische Diskriminierung. Aber auch die Rationalisierung von „weicheren" Bereichen wie Lifesstyle und Ethik wird kritisiert.

Ökonomisierung in der Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft zeigt sich die Kritik an der Ökonomisierung vor allem in Bezug auf die Inwertsetzung genetischer Ressourcen. So waren im GID Patente von Beginn an ein Thema, jedoch zunächst eher im Zusammenhang mit biotechnologischen Verfahren (der DNA-Sequenzierung). Gegen eine Patentierung von lebenden Organismen wurde sich, wie der GID 22/1987 berichtet, zum ersten Mal auf der Enquete-Kommission Gentechnik gewandt. Insbesondere die Partei „die Grünen" äußerte hier Bedenken:
„Entschieden lehnen die Grünen in ihrem Sondervotum die Patentierung „gentechnisch zugerichteter Organismen" und die damit verbundene „Privatisierung von Naturschätzen" ab. Vieles deute darauf hin, daß Gentechnik zudem wirtschaftliche Konzentrationsprozesse beschleunige. Negative Effekte erwarten die

Grünen bei Strukturveränderungen auf internationalen Märkten.“
1990 startete das GeN eine Kampagne gegen Patentierung, was sich im GID in einer Artikelserie niederschlug (GID 59/1990 bis 62/1990). Auch später blieb das Thema aktuell und wurde immer wieder zu einem Schwerpunkt gemacht (zum Beispiel 114/1996). Die Inwertsetzung genetischer Ressourcen wurde anfänglich als „genetischer Imperialismus“ bezeichnet. Ein Ausdruck, den die Entwicklungsländer Mitte der 80er kreierten, wie eine Notiz im GID 11/1987 zeigt (Silvia Sanides-Killian: „Genetische Ressourcen werden zum Zankapfel“):
„Zu Auseinandersetzungen um die globalen genetischen Ressourcen ist es auch auf der letzten Tagung der FAO gekommen. Die Länder der Dritten Welt haben den industrialisierten Ländern in den vergangenen Jahren wiederholt „genetischen Imperialismus” vorgeworfen: Die Industrieländer holen sich genetische Ressourcen aus den Dritte-Welt-Ländern, züchten mittels traditioneller Züchtungsmethoden oder der modernen Gentechnik neue Sorten, die sie mit hohen Profiten zum Teil wieder an die Ursprungsländer der genetischen Ressourcen zurückverkaufen. Dritte-Welt-Länder fordern, daß alle Samen, auch jene, die von Saatgutkonzernen der industrialisierten Welt neu gezüchtet wurden und patentiert sind, als „gemeinsames Erbe” betrachtet werden.“
Der Begriff „Biopiraterie“ für die erwähnte Praxis (statt „genetischer Imperialismus“ oder „Öko-Imperialismus“) wurde im GID erst 1996 (Nr.114) erwähnt. Frank-Michael Bahr vom PAN (Pestizidaktionsnetzwerk Hamburg) beschreibt in seinem Artikel „Biotechnologie und abhängige Gesellschaften“ im GID 20/1987 den Zusammenhang zwischen dem „genetischen Imperialismus“ und der „Generosion“. Außer den Begriffen ist das Argument auch noch heute zu finden: Biopiraterie stehe im Zusammenhang mit der Abnahme der (Agro-)Biodiversität. Auch noch heute präsent ist die Kritik der Gentechnik in der Landwirtschaft als „Zweite Grüne Revolution“, die zu einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft und einem Verschwinden des Bauerntums führt. Ebenso taucht das Argument einer verschärften Abhängigkeit der Länder des Südens von den Ländern des Nordens durch die Biotechnologie auf, jedoch in einer Konnontation, welche von einer Effizienzsteigerung durch die Biotechnologie ausgeht.
„Die Kosten der neuen Techniken können von den Staaten der Dritten Welt nicht bezahlt werden. So werden biotechnologische Innovationen zunächst nur von den reichen Ländern finanziert werden können, wodurch sich in der Folge Wettbewerbssituation und Innovationschancen der Dritten Welt verschlechtern. Erst wenn das Agro-Geschäft in den Industriestaaten stagniert, werden sich Anbieter biotechnologischer Produkte und Verfahren dem Markt der Dritten Welt zuwenden. Durch die Kosten biotechnologischer Innovation werden die Strukturen des Nord-Süd-Gefälles verschärft. Zusammen mit der Biotechnik übertragene Ordnungsvorstellungen und Wirtschaftspolitik der Industriestaaten verstärken bestehende Produktions-Abhängigkeiten der Dritten Welt.“ (ebd.)
In später auftauchenden Kritiklinien wird die Effizienzsteigerung durch die Gentechnik und der Erfolg biotechnologischer Veränderungen stärker in Zweifel gezogen (nach der kurzen Übersicht im GID-Archiv tauchen diese erst Mitte der 90er Jahre auf).

Kultur- und Gesellschaftskritik

Die genannten Kritikpunkte an der Ökonomisierung von Gesundheit und Landwirtschaft werden in einigen GID-Artikeln in einen größeren Zusammenhang der Kultur- und Gesellschaftskritik gestellt. Die Kritik am Denken in Kosten-Nutzen-Relationen betrifft im Wesentlichen die Kritik an der westlichen Kultur. In einem unter dem Titel „Ökologisches Roulette“ veröffentlichten Interview mit Jeremy Rifkin (GID 67/1991) charakterisiert dieser die Gentechnik als Teil einer biotechnologischen Revolution:
„Die Philosophie der Aufklärung betont Naturbeherrschung, Effizienz und Utilitarismus. Gentechnologie ist direkter Ausdruck dieses extrem utilitaristischen Reduktionismus der modernen Weltsicht. Was bedeutet es, wenn die Gentechnologie alles Leben der Qualitätskontrolle unterwirft, wenn sie Leben zum Rohstoff reduziert?“
Ähnlich argumentiert Luise Gubitzer in ihrem Artikel „Gentechnik im Lichte ökonomischer Konzepte“ (GID 54/55/1990), über eine Beschränktheit in der modernen Sichtweise, innerhalb derer auch die Methode und der Ansatz der Gentechnik zu verorten sei. Das Projekt der Moderne beziehungsweise das Projekt der Aufklärung wird nicht wegen des humanistischen Menschenbildes kritisiert, sondern wegen der gefährlichen

Nähe von (natur-)wissenschaftlichem Reduktionismus und ökonomischer Verwertbarkeit. Die Blindheit gegenüber nichtökonomischen gesellschaftlichen Praktiken sei mit ein Grund für die Risiken, die mit der Gentechnik verbunden sind, ja führe gerade zu den Risiken der Technologie. Dies ist ebenso die These des Memorandums „Biotechnologie und Biomedizin“ des Kommitees für Grundrechte und Demokratie, das von Rainer Hohlfeld und Dieter Narr redigiert, im GID 54/55/1990 unter dem Titel „Die ‚Leonardo-Welt der Biologie oder wo Forschung zum Machen wird. Appell für eine politische Sicht der Wissenschaft“ abgedruckt wurde.

„Der Atem ökonomischer (staatlicher) Verwertung keucht im Rücken biotechnologischer Forschung, belebt sie und macht sie für die Folgen gedankenlos. Die Biotechnologie, die ihre ‚natürlichen’ und gesellschaftlichen Kontexte nicht beachtet, kommt solcher Ökonomisierung entgegen. Denn von Kontexten abzusehen und immer kleinere Segmente biologischer Wirklichkeit zu identifizieren und eingreifend zu verändern, läßt alle Risiken, alle Mensch, Gesellschaft und Natur verändernden Folgen ausblenden.“

Die Kritik ist jedoch mit dem Aufruf verbunden, dass die Wissenschaftler auch Verantwortung für die gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Tuns übernehmen sollten, die Forschung auf die Sicherung der Menschenrechte ausgerichtet und demokratisch kontrolliert werden sollte.

Dass das Denken in Nützlichkeitsdimensionen auch im Ökologiediskurs auftaucht, zeigt ein offener Brief der Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik, der im GID 90/91/1993 unter dem Titel „Kosmetische Korrekturen alter Strukturen veröffentlicht wurde. Die Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik schreiben an die Initiatoren des „Ökologischen Marshallplans“. Die Kritik an der von Wolfgang Rauls (FDP), Joschka Fischer (Grüne) und Lutz Wieke (CDU) gemeinsam mit dem Journalisten Franz Alt vorgenommenen Initiative richtete sich vor allem gegen die Überbevölkerungsthese.

„Da die sogenannten „Dritte-Welt-Staaten” für die industrielle Naturzerstörung nur bedingt verantwortlich gemacht werden können, sollen sie nun zur Kontrolle des „Bevölkerungswachstums”, das vorgeblich unser aller Ressourcen bedroht, verpflichtet werden. „Bevölkerungsstabilisierung” wird nicht mehr nur zur entwicklungspolitischen Strategie erhoben, sondern jetzt auch „ökologisches” Anliegen. Staaten mit demographischer Zielsetzung sollen Hilfen bekommen - andere nicht? Eine Politik der Bevölkerungskontrolle in den Ländern des Südens wird befürwortet. Effizienzberechnungen und Kosten-Nutzen-Kalküle haben Vorrang vor dem Recht von Frauen auf Bildung und Arbeit, Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung. All dieses wird gekoppelt an die Pflicht zur gelenkten Geburtenkontrolle. Nebenbei: Es ist schon seltsam, daß in dem Aufruf der Eindruck entsteht, Männer würden beim Kindermachen keine Rolle spielen. Wie sonst ist es zu verstehen, daß sie nicht erwähnt werden?“

Schon der Titel des offenen Briefes verdeutlicht den Tenor der Kritik: Im ökologischen Marshallplan werde von einer grundlegenden Lösung gesellschaftlicher Probleme abgesehen und nur die Symptome bekämpft. Oder anders gewendet, die ökologische Problemlage wird nicht zusammen mit der sozialen Problemlage betrachtet. Ökonomie-Kritik zielt nicht nur auf das Denken in Kosten-Nutzen-Kalkülen, sondern bezieht sich auf der Ebene gesellschaftlicher Institutionen auch auf eine stärkere Verflechtung von Industrie, Wissenschaft und Politik. Kritisiert wird die Ausrichtung der Forschung auf Verwertungsinteressen. Zwar wird hinter der Technikentwicklung ein Gewinnstreben der Unternehmen vermutet, dieses aber immer wieder auch in Verbindung mit politischen Konzepten gebracht.

„Weiter sind die vorrangigen Motive der Genforschung und ihrer kommerziellen Verwertung das Profitstreben und die Expansion von Firmen. Dies ist in der dominierenden ökonomischen Rationalität legitim, doch bergen die chaotischen und komplexen Motive einzelwirtschaftlicher Interessen bei prekären Innovationen wie der Gentechnik große Gefahren. [...] Durch die hohen Finanzierungskosten, die große Konkurrenz und die enge Kopplung von Forschung und Industrie werden bestimmte Fragestellungen verdrängt, es entsteht ein großer Verwertungsdruck, der die Gefahr von Fehlern und deren Reichweite in sich birgt. Mit der Gentechnik erfolgt auch eine weitere Stärkung des schwer kontrollier- und lenkbaren wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Bereichs, da in „Verbundforschungsprojekten” zwischen Industrie, Universitäten und Forschungsinstituten weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit geforscht wird.“ (Gubitzer 54/55/1990)

Die Dominanz des Ökonomischen (als Konglomerat aus Wissenschaft, Technik und Industrie) verlange nach einer demokratischen Kontrolle der Technikentwicklung. Dies kommt ebenso in dem bereits erwähnten Memorandum des Kommitees für Grundrechte und Demokratie zum Ausdruck:

„Die Verführungskraft eines neuen Biologismus ist groß. Er erlaubt die Depolitisierung der Gesellschaft und dem Anschein nach die vom schlechten biologischen Erbe befreiende Entlastung der Menschen. Die Unabänderlichkeit und die tödliche Wirkung solchen Biologismus sind aber noch stärker. [...] Nicht nur aus der Geschichte des Nationalsozialismus aber wissen wir, daß Theorien, die den Menschen, und seine Gesellschaft pseudowissenschaftlich physiologisch und biologisch reduzieren, zur angewandten Abstraktion, das heißt zum wissenschaftlich verkappten Terrorismus neigen. [...] Dagegen muß menschenrechtlich-demokratisch alles in unserer Kraft Stehende unternommen werden. Menschenrechtlich-demokratischen Zielen hat Wissenschaft und Technik zu dienen. Keiner angeblich eigenen Definitionsmacht, deren Stärke sie doch nur von der expansionstrunkenen Ökonomie und der identifizierungssüchtigen Politik geborgt hat.“

Menschenwürde und Emanzipation als zentrale Werte

Plädiert wird hier für die Förderung anderer Stränge der Technikentwicklung. Die Kritik an der Ausrichtung der Forschung auf ökonomische Verwertungsinteressen muss aber nicht unbedingt, wie in dem Memorandum, zu einer Ablehnung der Gentechnik führen. Die Aussage, dass die Technikentwicklung auf gesellschaftliche und nicht nur ökonomische Ziele ausgerichtet sein soll, kann ebenso von Befürwortern angeführt werden, da in letzter Konsequenz die Möglichkeit einer sozialverträglichen Gentechnik eingeschlossen wird. Es ist demnach hilfreich, bestimmte Linien der Kritik auseinanderzuhalten. Die Kritik an der Moderne als eine Kritik an der Trennung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ist nicht mit einer Ablehnung des Projektes der Aufklärung gleichzusetzen, da mit der Aufklärung auch die Werte von Menschenwürde und Emanzipation vertreten werden. Der kurze Streifzug durch die Ökonomie-Kritik im GID zeigt, dass der GID auf diese Werte ausgerichtet ist.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 200 vom Juli 2010
Seite 5 - 9